



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 433 / 2012

Kiel, Donnerstag, 15. November 2012

Finanzen / Konsolidierungshilfe, Änderung der Gemeinde-/Kreisordnung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Dr. Heiner Garg: Pragmatische Lösungen sind gefragt

In seiner Rede zu **TOP 6 und 9** (Gesetzentwürfe zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe sowie zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung) erklärt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg:**

„Das Ergebnis der Anhörungen und Beratungen über die Konsolidierungshilfe für die Kommunen war – damals wie heute –, dass die Lage der betroffenen Kommunen angespannt ist und alle Beteiligten diese Erkenntnis teilen. Mit dem Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte hat die FDP-/CDU-geführte Landesregierung erstmals ein Instrument geschaffen, das konkrete Hilfestellungen bietet. Die FDP-Landtagsfraktion hält die geltenden Regelungen für die Konsolidierungshilfe für am besten geeignet, das Ziel – konsolidierte kommunale Haushalte – zu erreichen.

Bestärkt hat uns darin auch die Anhörung der Betroffenen und der Verbände. Die von Rot-Grün-Blau geplante Kürzung bei der Konsolidierungshilfe wird (in den meisten Fällen) nicht durch den nun möglichen zeitgleichen Erhalt von Fehlbetragszuweisungen kompensiert.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen zur Gemeindeordnung und der Kreisordnung trägt die FDP-Landtagsfraktion den Erfahrungen der Praxis Rechnung. Hier hat insbesondere der Paragraph 46 Absatz 9 Satz 4 der Gemeindeordnung das Gegenteil von der beabsichtigten Klarheit und Konkretisierung bewirkt und wird daher wieder gestrichen.

Auch die gut gemeinte Regelung, welche den Umgang mit Spenden klarstellen sollte, hat den Alltagstest nicht bestanden. Die Regelung diente der Transparenz und dem Schutz der Mitarbeiter in den Verwaltungen. Gerade hier hat diese aber für Unmut und insbesondere in großen Gemeinden für mehr Bürokratie gesorgt. Dem wird jetzt durch die Einführung einer ‚Bagatellgrenze‘ entgegengetreten, ohne dabei die Transparenz über Geber, Zuwendung und Verwendungszweck wieder zu verschlechtern.

Diese Änderungen entsprechen auch dem Wunsch der Gemeinden unseres Landes. Es sind pragmatische Lösungen für Probleme, die sich erst in der Praxis gezeigt haben.“